Herr Garn erläutert die Informationsvorlage und weist insbesondere auf die bei einer Umsetzung der in den im Entwurf vorliegenden Förderrichtlinien geforderten Maßnahmen entstehenden zusätzlichen Kosten hin. Diese finanziellen Mehraufwendungen könnten, da sie nicht anderweitig entsprechend refinanziert werden, nur durch eine weitere Erhöhung der Elternbeiträge aufgefangen werden.

Seitens des Ausschusses wird bemängelt, dass im Bereich der Offenen Ganztagsgrundschulen der maximal zu entrichtende Elternbeitrag auf einen Höchstbetrag von monatlich 150 € begrenzt ist und sich somit eine Erhöhung bei den Elternbeiträgen nur auf die darunter liegenden Beitragshöhen auswirke.

Herr Garn erklärt hierzu, dass dieses Problem auch bei einem kürzlich stattgefundenen Gespräch mit dem entsprechenden Ministerium und der Bezirksregierung Köln thematisiert worden sei. Es sei jedoch von dort deutlich gemacht worden, dass eine Änderung des Erlasses, der die Höchstbetragsregelung enthält, nicht vorgesehen sei.

Frau Vetter erachtet das seitens der Gemeinde initiierte, in kürze stattfindende Abstimmungsgespräch mit den übrigen, in gleicher Weise von der Förderrichtlinienänderung betroffenen Kommunen des Oberbergischen Kreises als richtig und bittet mit der Kreisverwaltung in Nachverhandlungen zu gehen.

Herr Alefelder vertritt die Auffassung, dass der Kreisjugendhilfeausschuss, der zum Teil aus Mitgliedern der Kommunalparlamente besteht und über die Fortschreibung der Förderrichtlinien zu entscheiden hat, die Interessen der Kommunen vertreten solle.

Frau Uelner verdeutlicht, dass die beabsichtigte Regelung, die Gruppengröße entsprechend zu verringern, sofern Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf (sog. GL-Kinder) betreut werden, sinnvoll sei. Die Betreuung dieser Schülerinnen und Schüler erfordere einen höheren Aufwand, der nicht durch zusätzliches Betreuungspersonal ausgeglichen werden könne.

Es wird verwaltungsseitig darauf hingewiesen, dass für die Betreuung der GL-Kinder seitens des Landes ein erhöhter Zuschuss gewährt werde, jedoch im Fall einer solchen Reduzierung der Gruppengrößen sowohl die Landeszuwendung als auch die Elternbeiträge für die entfallenden Kinder wegfielen.